

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
Band: 35 (1978)
Heft: 12

Artikel: Umweltschutz 1979
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-782556>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine «plan»-Umfrage:

Umweltschutz 1979

Der Jahreswechsel ist die Zeit der Analysen und der guten Vorsätze. Bei- des drängt sich im Umweltschutz auf. Unbestritten ist der Grundsatz, wo- nach die Umwelt heute zu schützen ist. Doch die Geister scheiden sich, wenn dieses Ziel konkretisiert werden soll. «plan» hat deshalb einige Persönlich- keiten gebeten, die sich in Wissen- schaft oder Politik mit Fragen des Um- weltschutzes befassen, ihre Erwar- tungen für 1979 in bezug auf den Um- weltschutz kurz zu formulieren.



**Walter
Flückiger,**

**Botanisches Institut der
Universität Basel**

Die Frage «Was erwarten wir 1979 vom Umweltschutz» kann kurz beantwortet werden: Es muss noch viel mehr getan werden, als bisher getan wurde. Allein der Gedanke, dass der Umwelt- schutz einer dringenden Notwendigkeit entspricht, sollte noch mehr in der Öffentlichkeit verankert werden. Für ein verbessertes Verständnis hiefür dürfte die Einführung von Fächern bei- tragen, die sich mit Umweltschutzpro- blemen und der Erhaltung des ökologi- schen Gleichgewichtes in unserer Um- welt befassen. Neben der Aufklärungs- arbeit müssen aber auch Anreize zum Umweltschutz geschaffen werden, wie sie in anderen Disziplinen längst beste- hen, so dass jeder Privatmann, jeder Unternehmer angespornt wird, sein möglichstes zum Umweltschutz beizu- tragen. Projekte und Massnahmen, die der Erhaltung unserer Biosphäre die-

nen, sollten deshalb in Zukunft mehr durch finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand gefördert werden, genauso wie andere im Interesse der Öffentlichkeit stehende Dinge.

Umweltschutz muss weder Arbeits- plätze gefährden noch die Wirtschaft lähmen – im Gegenteil: indem wir un- ser Wissen und Können, unsere Tech- nologie noch mehr in den Dienst des Umweltschutzes stellen, dürften eher noch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nachdem in der Schweiz in den ver- gangenen Jahren vor allem auf dem Gebiete des Gewässerschutzes sehr viel geleistet worden ist, sollte nun auch das Problem der Luftreinhaltung vermehrt angegangen werden. Ein lan- desweites System permanenter Lufthy- gieneüberwachung, das ein breites Spektrum an umweltbelastenden Stof- fen erfasst, so auch Sekundärprodukte wie photochemischen Smog, wäre äus- serst wünschenswert, wobei neben den rein physikalisch-chemischen Mess- methoden auch biologische Methoden (Indikatorpflanzen) zur Anwendung kommen sollten.

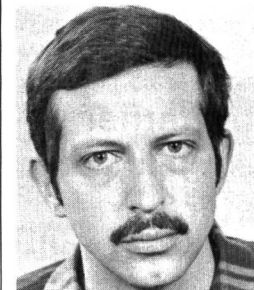
Über die Auswirkungen umweltbela- stender Stoffe auf Pflanzen, Tiere und Mensch wissen wir noch sehr wenig, insbesondere was die Langzeitwirkung anbetrifft. Eine weit intensivere For- schung, als dies bisher geschah, sollte deshalb auf diesem Gebiet vorangetrie- ben werden, letztlich erlaubt nur ein fundiertes Wissen eine Beurteilung, ob und in welchen Konzentrationen ein Stoff emittiert werden darf, ohne dass Schädigungen zu erwarten sind.

Bemühungen zur Reinhaltung unserer Luft, wie sie an verschiedenen Orten in der Schweiz einen guten Anfang ge- nommen haben, sollten fortgesetzt werden. Neben einem vermehrten Ein- bau von Filtern in emittierende Indu- strieanlagen sollten auch die regelmä- ssig von Gesetzes wegen durchgeführ- ten Kontrollen von Hausfeuerungsan- lagen (Ölbrennereinstellung), wie sie im Kanton Baselland praktiziert werden, auf alle Kantone ausgedehnt werden, damit eine Herabsetzung der SO₂- Immissionen realisiert wird. Eine häufi-

gere Abgaskontrolle von Verbren- nungsmotoren wäre ebenfalls ein äus- serst wertvoller Beitrag zur Reinhalt- ung unserer Luft.

In Agglomerationen und entlang stark frequentierter Strassen sollten noch mehr Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern ins Auge gefasst werden. Solche Pflanzungen haben nicht nur einen ästhetischen Wert, sondern ent- sprechen ebenso einem lufthygieni- schen Bedürfnis, indem sie ein einzig- artiges Staubfilter darstellen.

So wie wir bereit sind, regelmässig Lei- stungen für unsere Altersvorsorge und andere soziale Leistungen zu erbrin- gen, müssen wir in Zukunft auch bereit sein, mehr für die Erhaltung unseres Lebensraumes zu tun, denn eine lebensfreundlichere Umwelt bedeutet eine bessere Lebensqualität für uns alle.



**Ueli
Halder,**

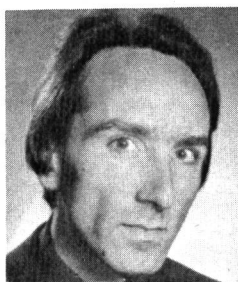
**Leiter Naturschutz-
zentrum Aletschwald**

Der Premierminister von Grenada, Sir Eric Gairy, habe vor der UNO-Vollver- sammlung die Einführung von «Tier- und Pflanzenrechten» nach dem Muster der UNO-Menschenrechte ge- fordert, hiess es kürzlich in einer Pres- semeldung. Ich kann mir die ungläu- big-verblüfften Gesichter der UNO-De- legierten bei dieser Rede sehr wohl vorstellen. Als ob das Weltparlament nichts Naheliegenderes zu behandeln hätte! Wahrscheinlich hat diese Reak- tion Sir Eric, den Staatsmann, wenig irritiert. Denn echte Staatsmänner haben sich noch allemal durch ihren Blick über die Tagesaktualität hinaus,

durch ihren Mut zum Unzeitgemässen, durch ihr grosszügiges Denken ausgezeichnet.

Und wir in der Schweiz? Am gleichen Tag wie obige Meldung wurde das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage publiziert, wonach des Schweizer Problem Nummer 1 der Umweltschutz darstelle. Dennoch wird in unserem Parlament an einem Umweltschutzgesetz gebastelt, das alle und alles schont, nur die Umwelt nicht; dennoch zieht der Ständerat dem Mäuschen «Raumplanungsgesetz», kaum ist es geboren, auch schon die Milchzähne; dennoch werden am Rawil weiterhin fröhlich Präjudizien erbohrt; dennoch sind die Chancen nach wie vor gross, dass unsere letzten intakten Gebirgslandschaften mit gigantomanischen Bergkristallen geschmückt, von Erschliessungsstrassen und Skipisten zerfurcht, unter Stauseen ertränkt werden . . . O heilige Ökonomie!

Wider besseres Wissen erwarte ich, dass 1979 in unseren Parlamenten und Regierungen staatsmännisches Denken den Krämergeist überwinden möge.



Werner Spillmann,

Zentralsekretär der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz

Gemäss einer kürzlich publizierten Umfrage wird Umweltschutz von der Bevölkerung wieder als Problem Nummer 1 betrachtet. Im Herbst 1979 finden zudem Parlamentswahlen statt. Wir können deshalb davon ausgehen, dass in nächster Zeit viel vom Umweltschutz die Rede sein wird. Zwischen verbalen Bekenntnissen, Wahlkampfversprechungen und Taten bestehen aber oft grosse Diskrepanzen. Ob das kommende Jahr im Umweltschutz Fortschritte bringen wird, kann nur anhand konkreter Fakten beurteilt werden. Dabei steht für mich die Frage im Vordergrund, ob der Bundesrat sein vor der Albatros-Abstimmung gemachtes Versprechen einlöst und das Programm zur Reduktion der Motorfahr-

zeugabgase fristgerecht in Kraft setzt. Mit dieser Massnahme könnte die Zunahme der Luftbelastung in den achtziger Jahren gestoppt und allmählich eine Verbesserung erreicht werden. Von grosser langfristiger Bedeutung ist auch die weitere Bearbeitung des Umweltschutzgesetzes, das in seiner heutigen Fassung nicht befriedigen kann. Ein Umweltschutzgesetz, das seinen Namen verdient und dem Verfassungsauftrag gerecht werden will, muss präzisere Zielsetzungen und verbindlichere Vorschriften enthalten. In materieller Hinsicht ist die Ergänzung durch wirksame Vorschriften über die Wärmedämmung an Gebäuden und den Biotopschutz besonders wichtig. Besser geregelt werden sollte ferner der Vollzug des Gesetzes. Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) wird sich 1979 energisch für die Erreichung dieser Ziele einsetzen.



Werner Jauslin,

Ständerat, Muttenz

In der ersten Phase «Umweltschutz» ging es darum, die Bevölkerung aufzurütteln, auf die Gefahren zunehmender Umweltbelastung aufmerksam zu machen. Diese Phase ist abgeschlossen. Umweltschutz wird ernst genommen und als vordringlich betrachtet. Nun geht es darum, Resultate zu erzielen, Verbesserungen in der Belastung der Umwelt durch Abbau von bestehenden und durch Verhindern von neuen Störungen anzustreben. Das Umweltschutzgesetz ist ein Mittel dazu, aber nur ein Mittel zum Zweck, denn Buchstaben und Kompetenzen allein bringen noch keine Verbesserung. Deshalb sollen im kommenden Jahr:

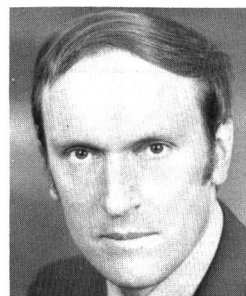
1. alle zuständigen Leute, sowohl in der privaten Wirtschaft, Industrie und im Gewerbe als auch in Bundesbetrieben und in kantonalen und eidgenössischen Verwaltungen all das veranlassen, was sie heute schon tun können. (Wenn zum Beispiel im Rangierbahnhof Muttenz Gleisbremsen eine unzulässige Lärmbelastung bringen, so hat der Bundesrat schon heute – ohne Umweltschutzgesetz – die Verpflichtung und Kompetenz,

dies sofort abzustellen.) Vielfach bedeutet der Hinweis auf fehlende Kompetenz nur die Entschuldigung für das Zuwarten.

2. so rasch wie möglich Gesetz und Vorschriften erlassen werden, die durch ihre Anwendung zu Verbesserungen führen.

In einem ersten Schritt sind Massnahmen dort nötig, wo die stärksten Belastungen entstehen. Dazu sind Prioritäten für Wasser, Luft, Boden, Abfälle, Lärm zu setzen. In weiteren Schritten sind die Anforderungen den technischen Möglichkeiten entsprechend zu verbessern.

Anstatt das Schlagwort Umweltschutz zum Aktionsfeld für Politiker und Verbände zu missbrauchen, sollten im Jahr 1979 gemeinsam wirksame, also durchführbare Massnahmen angestrebt und durchgesetzt werden. Die Resultate zählen, nicht die Aktivitäten!



Bernhard Bittig,

Eidgenössisches Oberforstinspektorat

1979 dürfte ein weiter zunehmendes Interesse breiter Bevölkerungskreise an Umweltschutzfragen aufzeigen, wobei insbesondere die Fragen der Veränderung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Veränderungen in der Landschaft sowie in der belebten und unbelebten Umwelt zunehmend zu politischen Diskussionen Anlass geben werden. Auf Bundesstufe wird nächstes Jahr die Umweltfrage die Wahlprogramme der verschiedenen Parteien massgeblich beeinflussen. Zu wünschen wäre, dass die teilweise polemische Grundfrage Umweltschutz kontra Arbeitsplätze einer differenzierteren und sachlicheren Betrachtungsweise Platz machen würde.